



## **Chancen der Entwicklung in der politischen Kultur der BRD im Spiegel der Erosion gesellschaftlicher Bindungs- und Integrationskraft des Parteiensystems.**

### **Bild 1. Der Morgen danach**

Nach einem richtigen Fest sind wir eigentlich gewohnt, mit einem angemessenen Kater aufzuwachen. Frei nach dem Motto, wer sich noch an die Details der Party erinnert, hat vergessen zu feiern. Unter diesem Aspekt betrachtet hat die Bundestagswahl 2009 offensichtlich für einen großen Teil der Bevölkerung gar nicht stattgefunden.

Während der Mainstream der Medien sich um die Folgen der Resultate für die vermeintlichen Verlierer balgt wie Hyänen um einen Kadaver, machen sich an manchen Stellen vielfältige Auguren auf, um mögliche Zukunftsperspektiven für die Parteien zu entwerfen. Von Fusionsnotwendigkeiten ist die Rede, von sich Öffnen, auf einander zugehen, von der Gefahr des Zerriebenwerdens für die einen, des Übernommenwerdens für die anderen. Aber: Warum sollten nicht verschiedene Parteien nebeneinander existieren und im Parlament sitzen können? Warum muss sich das System auf wenige Parteien beschränken, die zunehmend weniger in der Lage sind, die Bedürfnisse der Menschen integrativ aufzunehmen? Warum wird überhaupt allein den Parteien die Zuständigkeit für die Gestaltung der Politik zugeordnet?

Als wenn außerhalb der Parteien keinerlei politische und gesellschaftliche Realität existieren würde! Ja, beobachtet man im verschlafenen Morgengrauen die Menschen in den Städten, an den Stehtischen der Backstuben, in den Warteschlangen der Fahrkartenschalter, in den Zügen, U-Bahnen, S-Bahnen und Straßenbahnen, hört man ihnen bei verhaltenen Gesprächen in der Öffentlichkeit zu, so verfestigt sich der Eindruck, als hätte diese Wahl gar nicht stattgefunden, ja als finde Politik nicht statt oder spiele gar keine Rolle für das eigene Leben.

Ist Politik nun so uninteressant, unwichtig oder langweilig, dass sie keine besondere Beachtung oder Aufmerksamkeit mehr verdient? Oder ist Politik erst so geworden? Sind Entscheidungen, die von einem überschaubaren Zirkel von Personen ohne direkte Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung getroffen werden, inzwischen so weit von der erlebbaren Realität der meisten Menschen entfernt, dass bereits ein gutes Drittel der Bevölkerung auch gar nicht mehr daran teilnehmen möchte? Warum lehnen diese Leute sogar die geringe Teilhabemöglichkeit durch die Wahlen ab? Oder ist der Ekel vor der vorangegangenen Überdosis Politik so groß, dass der Gedanke allein bereits Übelkeit erzeugt?

### **Bild 2. Der Kater wird in homöopathischen Dosen verdaut**

Der Bund der Steuerzahler veröffentlichte in der Oktober-Ausgabe 2009 seiner Mitgliederzeitschrift einen Artikel über krisenresistente Parteienfinanzen, in dem er in diesem

Zusammenhang auch auf den sich drastisch fortsetzenden Mitgliederschwund hinwies, der sich allerdings nicht in einem Rückgang der Kosten für die Parteienfinanzierung widerspiegelt. So kommt der Bund der Steuerzahler auf einen durchschnittlichen staatlichen Zuschuss von mittlerweile 91 Euro pro Mitglied im Jahr 2008 gegenüber ca. 64 Euro in 1997. Mancher Verein wäre froh darüber, die meisten Berufstätigen würden sich über so eine Gehaltssteigerung noch mehr freuen, doch um welchen Preis erkaufen die Wahlberechtigten und Steuerzahler in diesem Land sich die Leitungsfähigkeit ihrer politischen Elite? Und was nützt es, wenn ein paar tausend Mitglieder des BdSt diesen Artikel lesen?

Werner Winkler, der Rebell der Pauli-Partei Freie Union, weist in seiner Analyse darauf hin, dass mittlerweile weniger als 2 % der Bevölkerung in Parteien organisiert sind und dass alle aussichtsreichen Kandidaten auch noch von einem Bruchteil dieser in Parteien engagierten Personen zu den Wahlen aufgestellt werden. Wer nicht an die Wirkung von Politik glaubt, muss sich nur vor Augen führen, wie gering der Anteil der Entscheidungsträger in unserer Gesellschaft ist. Demokratie besteht im Prinzip der direkten Mitbestimmungsmöglichkeit möglichst aller, nicht nur einiger Eliten.

Die deutsche Medienlandschaft, die sich selbst mit der Rolle als „vierte Gewalt“ in Form einer kritischen – ob positiv oder negativ kritisch sei dahingestellt – Presse betrachtet, fokussiert ihre Berichterstattung indes auf genau diese Parteien, speziell auf deren Eliten und Spitzen. Die personell sehr begrenzten Eliten der Medien und der Politik haben allerdings so eng und häufig miteinander zu tun, dass die zu einer differenzierten Kritik notwendige Distanz zwischen Objekt und Betrachter inzwischen weitgehend einer subjektivierenden Nähe gewichen ist und zu einer entsprechend kontraproduktiven emotionalen Verbundenheit der Akteure geführt hat. Es herrscht entweder in der Regel grenzenlose Harmonie oder in einigen wenigen Fällen mediale Todfeindschaft. Dann spricht man nicht einmal übereinander. Ein Beispiel dafür liefert uns Giovanni di Lorenzo, der einem Helmut Schmidt eine breite Bühne bereitet, die dieser jedoch längst nicht mehr mit Bedeutsamem auszufüllen vermag. Welch ein Glück, dass die Büste der Nofretete nicht sprechen kann! Wo bleibt da der Raum für die neuen unverbrauchten Kräfte? Ein öffentlicher Diskurs anderweitigen politischen Engagements findet allenfalls am Rande statt. Bereits bei der Berichterstattung über die Üblichen Verdächtigen ist der unterschiedliche Umfang der Berichte über die einzelnen Gruppierungen deutlich zu erkennen. Für Parteien unterhalb der 5 % Grenze steht so gut wie kein Raum zur Verfügung. Die sich entwickelnden Initiativen abseits des überlieferten Parteienmodells finden am Ende des Spektrums gar keine Beachtung. Politische Akteure, die sich mit gutem Willen als Paradiesvögel ausschlagen lassen, gewinnen dabei gelegentlich die Aufmerksamkeit der Titelseiten, aber bestenfalls um Verluste in der Auflage zu verhindern. Dabei kapriziert sich die Journalistik auf Exoten, von deren Bekanntheitsgrad und der Skandalfähigkeit der jeweiligen Person man sich journalistischen Wert und Relevanz verspricht. Selten werden die dabei oft positiven Ansätze hinterfragt oder präsentiert. Spätestens bei den engagierten Menschen außerhalb der Zuordnungsmöglichkeiten zu bestimmten Parteien oder Lagern endet die Berichterstattung. Dabei wächst genau an dieser Stelle die Substanz demokratischer Beteiligung der Bevölkerung am stärksten, auch wenn der Zuwachs den Verlust an anderen Stellen n(noch) nicht auszugleichen vermag. Den politischen Medien fehlt dabei das Credo der Wirtschaft im Blut: Dort wird investiert, wo Wachstum stattfindet. Düngen im Frühjahr wo gepflanzt wurde! Für erfolgsorientierte Menschen ein völlig normaler Vorgang. Mir drängt sich die Frage auf: Ist der Pool journalistischer Talente etwa immer noch tendenziell links eingestellt? Denkt er ausschließlich in den Strukturen avantgardistischer Eliten, übersieht dabei jedoch den existierenden Markt politischer Talente?

In diesem Feld ließen sich viele Fragen stellen, ließe sich genug spannender Stoff für Recherchen und journalistisch ausgezeichnete, spannende Stories recherchieren, doch die Realität erweist sich als der politischen Monokultur hörig. Die Monokultur ist auch heute noch die einfachste und übersichtlichste Form der Bewirtschaftung, doch sie laugt die Böden aus und vergeudet Ressourcen.

### **Bild 3: Die Mittel gegen Übelkeit sind wie Zuckerwasser gegen Grippe**

Zu Beobachten ist vielmehr eine allgemeine Ratlosigkeit, die dem Niedergang der Volksparteien Aufmerksamkeit zollt, ihn dabei deutlich wahrnehmbar bedauert und die Parteienzersplitterung als unerfreulichen Nebeneffekt konstatiert. Mögliche strukturelle Probleme der Parteien werden von jeglicher Thematisierung verschont.

Dabei haben die Parteien ebenso wie die Gesellschaft der Bundesrepublik eine Entwicklung von über 60 Jahren hinter sich, in deren Verlauf sich die verfassungsrechtliche Rolle, die gesellschaftliche Bedeutung und das Selbstverständnis der Parteien gewandelt haben. Erst in jüngster Zeit hat beispielsweise die SPD dafür gesorgt, das Rentenalter bei 67 festzulegen. Ein epochaler Schritt gemessen an bisherigen Praktiken und Standpunkten. Doch warum gilt er nicht auch für die Partei selbst? Niemand würde heute auf die Idee kommen, das beinahe komplette Verschwinden der Zentrums-Partei als bedeutende Kraft und älteste Partei Deutschlands zu bedauern, oder das der Bayerischen Volkspartei. Warum sollte man nun ernsthaft einer SPD nachtrauern, sofern auch diese Partei das Schicksal ereilt, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden? Oder einer CDU, wenn sie das Schicksal der SPD in einem Jahrzehnt womöglich teilen sollte? Aus welchem Grund ist ein Wiedererstarken dieser Parteien überhaupt notwendig?

### **Bild 4: Aus gutem Wein wurde gepanschter Fusel zum gleich teuren Preis**

Ohne auf die Veränderungen im Einzelnen eingehen zu wollen, so lässt sich mit Sicherheit Übereinstimmung in diesen Feststellungen erzielen, wobei einige Punkte sich dem aufmerksamen Betrachter unschwer erschließen:

- Die Parteien haben personell an innerer Heterogenität verloren. Bei einem guten Wein würde man von einem komplexen Aroma sprechen, das zu Gunsten eines Einheitsgeschmacks verloren gegangen ist. Eine oft auch nach außen getragene, nicht immer sachliche Streitkultur, hat sich zusehends ins Innere verlagert. Die Verschiedenheit von Meinungen, Standpunkten und Ansichten, einst in der SPD unter Kurt Schumacher und Carlo Schmid ebenso nach außen wahrnehmbar wie zwischen Herbert Wehner und Helmut Schmid, die sich sogar noch zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine fortsetzte, ist inzwischen einer in der Öffentlichkeit vertretenen Harmonie und einer nach außen kommunizierten internen Konsensfindung hinter verschlossenen Türen gewichen, der jeden nach außen dringenden Konflikt in der Öffentlichkeit zum Skandal, ja zum Medienereignis stilisiert.
- *Geistige Monokultur steht über Offenheit für neue Ansätze.*
- Eine vergleichbare Entwicklung lässt sich auch in der Union beobachten, wo die aggressive Konfrontation zwischen Helmut Kohl und Franz Joseph Strauss inzwischen Legende wurde, ebenso wie die rücksichtslose Machtmethodik eines Helmut Kohl innerhalb seiner Partei. Es sei an dieser Stelle nur erinnert, wie er sich des Einflusses von Rainer Barzel, Kurt Biedenkopf, Heiner Geissler, Rita Süßmuth und anderen

entledigt hat. Mittlerweile werden auch in der Union verschiedene Meinungen hinwegmoderiert und um Himmels Willen nicht nach außen kommuniziert. Zu denken wäre dabei an das legendäre Frühstück von Wolfratshausen mit Angela Merkel und Edmund Stoiber. Abweichler von der Linie der Gemeinsamkeit werden regelrecht abgeschossen, führende Persönlichkeiten öffentlich verheizt, sofern es gerade nützlich erscheint. Dieses Denken macht auch vor Parteigrenzen nicht halt und so beweisen die Vergleiche mancher Politiker der CSU und sogar der CDU, die die Forderungen ihrer Partner in der kleineren FDP als Wedeln des Schwanzes mit dem Hund bezeichnen, lediglich die Unfähigkeit von Teilen der Union zu Demokratie und Partnerschaft.

- *Selbst die Parteimitglieder huldigen der Verehrung ihrer Eliten*
- Der Verlust des Aushaltens verschiedener und widerstrebender Meinungen jedoch führt zum Verlust an Demokratiefähigkeit. Das gilt für eine Gesellschaft insgesamt ebenso wie für einzelne gesellschaftliche Gruppen, zu denen demokratische Parteien eigentlich gerechnet werden sollten. Mit der Verlagerung der Entscheidungsfindung in Hinterzimmer sind die Parteien zwar bestrebt, nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren, doch sie erreichen den vermeintlichen Vorteil daraus um den Preis des Verlustes an Demokratiefähigkeit. Die Geschlossenheit nach außen ist sicher ein wichtiges und verlockendes Werkzeug, um des Wählers vermeintliches Vertrauen zu gewinnen, doch hat sich dieses Werkzeug mittlerweile zum ehernen Gesetz gewandelt, an dem die Nützlichkeit von Parteimitgliedern für die Zwecke der Partei gemessen wird. Konsequenterweise werden Meinungsverschiedenheiten nun nicht mehr mit Schärfe, Engagement und in der spannenden Form öffentlich ausgetragen, wie es für eine Demokratie nützlich wäre, sondern führen all zu oft zu internen Spannungen, die dann in mehr oder weniger spektakulären Skandalen und Parteiaustritten ihren Niederschlag finden. Die Beispiele von Oskar Lafontaine, Hildegard Hamm-Brücher, Wolfgang Clement, Barbara Rütting, Martin Hohmann, Oswald Metzger und sogar Gabriele Pauli dokumentieren die stattfindenden Prozesse nicht nur sehr eindringlich, sondern - nicht immer, aber oft genug - auch den Verlust an personeller Qualität innerhalb der Parteien. Folglich führt der zunehmende Schwund an innerer Heterogenität, Demokratie- und Konfliktfähigkeit zum Entstehen immer neuer zusätzlicher Parteien. Ein wichtiger Nebeneffekt kommt der steigenden Aversion politisch aktiver Menschen mit hohem Potenzial zu, sich auf die Ochsentour durch die Parteien einzulassen. Ein Beispiel wäre Beatrice von Weizsäcker, die das in Ihrem Buch „Warum ich mich nicht für Politik interessiere ...“ deutlich macht.
- *Geschlossenheit nach außen verringert das Vertrauen der Wähler*
- Von der anderen Seite betrachtet geht es an dieser Stelle um den Verlust von Integrationskraft, Bindungsfähigkeit und damit einhergehend von Vertrauen. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft erscheint vor diesem Hintergrund nicht unbedingt einer zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft geschuldet, sondern eher der Zunahme von egoistischen Machtansprüchen der Parteiliten, bzw. der Abnahme innerparteilicher Demokratie und Entwicklungsfähigkeit. Es hat sich ein Wandel vollzogen, der den Fokus der Politik von der demokratischen Lösung von Sachfragen auf das Erringen von Posten, Karriere und Status verschoben hat. Diese Muster findet man in beinahe allen politischen Aktivitäten wieder. Sie äußern sich ebenso in den Wahlkämpfen, die sich statt auf die Erläuterung von Entwicklungsmöglichkeiten und Positionen zu Themen auf das Verhindern von Konstellationen konzentrieren: Wahlkampf um Schwarz-Gelb bzw. Rot-Rot-Grün zu

verhindern. Ja, es ist sogar zu erkennen, dass die Parteien immer weniger in der Lage sind, die Themen der Bürger aufzunehmen, da diese sich eben auch in geringerem Umfang als bisher in Parteien engagieren.

- *Die Parteien haben an Integrationskraft verloren*
- Letztlich geht es damit sogar bei der Frage möglicher Koalitionen nicht mehr um die Wahrnehmung politischer und damit gesellschaftlicher Verantwortung, sondern um die Frage der Teilhabe an der Macht. Somit erinnern die Koalitionsverhandlungen 2009 bereits in ihrer zweiten Woche an das Jahr 1998, als Gerhard Schröder im Wahlkampf am Zaun des Kanzleramts rüttelte und brüllte: „Ich will hier rein!“, nach Erreichen des Ziels aber seltsam ratlos wirkte, wie jemand der einen Kuchen backen wollte, das Rezept aber nicht gleich fand. Es bleibt abzuwarten, ob die zugesagte zeitnahe Einigung von Schwarz-Gelb sich als tragfähiger oder brüchiger Boden erweist.
- *Produktivität und Nutzen von Koalitionen schwinden*
- Auch innerhalb der Koalitionen gilt dennoch die Maxime, die Entscheidungen lieber hinter verschlossenen Türen zu treffen, als in der Öffentlichkeit eine Diskussion darüber zuzulassen. Damit verspielen die Akteure aber auch eine weitere Chance, Impulse von außen aufzunehmen und Bedürfnisse von Bürgern angemessen zu reflektieren. Somit nimmt die Rigidität von Entscheidungsfindungsprozessen zu, die erarbeiteten Lösungen lassen zunehmend mehr Bürger außen vor und die gesellschaftlichen Bindungskräfte nehmen insgesamt ab.
- *Die Parteien produzieren ihre Nichtwähler selbst*
- Doch nicht nur allein diese Rollen und Funktionen der Parteien sind einem Wandel unterworfen. Das Spektrum der Politik an sich an Zuständigkeit hat sich gewandelt. Entsprechend ihrer personellen Ausstattung, die durch die im Vergleich zur Bevölkerung unverhältnismäßig hohe Präsenz von Beamten und Juristen innerhalb der Parteien gekennzeichnet ist, haben die Parteien im Lauf der Jahrzehnte einen Regierungs- und Verwaltungsapparat geschaffen, der eine so hohe Zahl an Regeln und bürokratischen Strukturen erzeugt hat, dass es praktisch keinen Lebensbereich mehr gibt, in dem ein Individuum selbst für die Entscheidungen in seinem Leben zuständig ist. Sicher ist es eine Aufgabe von Politik, Regeln zu schaffen und für die Einhaltung zu sorgen, doch existiert so gut wie keine wirksame Abgrenzung, wo die Zuständigkeit endet und wo folglich die eigene Verantwortung beginnt. Die Grenze verläuft im Sinne einer Aufgaben- und Arbeitsteilung gefühlt dort, wo der „Staat“ die Regeln schafft und Entscheidungen trifft und in der Abgrenzung dazu der Bürger die Rechnung dafür zu bezahlen hat. Die Gesellschaft an sich als Gemeinschaft aller in diesem Land lebenden Individuen hat bisher niemals vor der Aufgabe gestanden, eine Diskussion über diese Abgrenzung vorzunehmen, diese Abgrenzung in einem gesellschaftlichen Diskurs auszugestalten oder die Abgrenzung auch nur ins Auge zu fassen. Diese Aufgabe hat die Politik übernommen und damit dem Verantwortungsbereich der Allgemeinheit in einem Maß entzogen, dass sich die Bürger zunehmend veranlasst sehen von „Demokratie“, „Lobbykratie“ oder „Parteien-Diktatur“ zu sprechen.

- *Die individuelle, persönliche Verantwortung reduziert sich auf das Bezahlen von Rechnungen*
- Nicht zuletzt deshalb hat sich ein ganzes nationales Gebilde wie die BRD daran gewöhnt, Entscheidungen gewählten Repräsentanten zu überlassen und sich ansonsten nicht zu kümmern oder einzumischen. Wo sich vor 25 Jahren noch 600.000 Aktivisten fanden, um gegen das Atomkraftwerk Brokdorf zu demonstrieren, ja förmlich dagegen zu Felde zu ziehen, regt sich heute kein Lüftchen mehr. Der Umgang mit den politischen Themen ist - einerseits erfreulich - gelassener geworden, andererseits besorgniserregend desinteressiert. Doch diese beiden Erkenntnisse realisieren sich auf verschiedenen Ebenen. Zu Recht fordert der Bürger von seinen Politikern Ergebnisse und die Lösung von Problemen, ist aber frustriert, wenn Wahlversprechen nicht gehalten werden, Probleme verlagert werden und statt Lösungen an den Brennpunkten sichtbar Kesselflickerei betrieben wird. Da kann es nicht verwundern, dass zum Beispiel eine Reihe von Menschen nicht mehr wählen geht, wenn die Lösungen für Probleme ausbleiben, auf der anderen Seite sich aber dieses Drittel der Bevölkerung keinen Sinn und keine Chance darin sieht, dagegen aufzustehen. Seit den Zeiten Helmut Schmidts gehört die Bekanntgabe der Arbeitslosenzahl ebenso zu den täglichen Nachrichten wie die Forderung nach Senkung der Arbeitslosenzahlen. Gewandelt hat sich indes der Anspruch der Politiker, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, zu einem Anspruch, deren Zahl zu reduzieren. Gelöst ist das Problem indes zwar nicht, doch die Parteien haben gelernt es als Wahlkampfinstrument zu nutzen und versuchen, damit Ängste zu schüren. Demgegenüber bedauern zwar viele diesen Zustand, doch keine ausreichende Zahl an Menschen würde die Lösung dieses Problems auf der Strasse einfordern. Wozu auch? Die abfedernden Maßnahmen des sozialen Netzes reduzieren den Zusammenhang zwischen Versorgung, (vormals Beute) und Arbeit (vormals Jagd, Kampf und Krieg) auf einen Zusammenhang zwischen Teilhabe an Beute und Mitgliedschaft in der Gemeinschaft ohne ständig bei der Jagd teilnehmen zu müssen. Der unbedingte Zusammenhang zwischen Arbeit und Lohn wird in einer zunehmend komplexen Gesellschaft auch zunehmend archaisch und veraltet. Vor allem, wenn die produktiven, unmittelbar an der Erzeugung der „Beute“ beteiligten Kräfte, von den übrigen Teilnehmern ständig steigende Fähigkeiten einfordern. Vor diesem Hintergrund betrachtet muss das geforderte lebenslange Lernen in den Lernphasen auch lebenslang gefördert werden. Den dazu notwendigen Beitrag zu erwirtschaften ist Aufgabe der Produktivkräfte.
- *Individualisierung von Lebensaspekten führt zu selektiver Wahrnehmung politischer Entscheidungen*
- Neben dem Anspruch auf Lösung von Problemen durch die Politik existiert allerdings auch der Anspruch auf Teilhabe an den Lösungen, zumindest für diejenigen, die sich engagieren wollen. Die Einstellung, die Verantwortung delegieren und den dafür gewählten Politikern überlassen zu wollen, ist zwar legitim, aber in der Realität nicht umsetzbar. „Die sind dafür gewählt, das ist deren Job, die sollen machen“ entpuppt sich spätestens dann als naives Wunschenken, wenn die Folgen der Entscheidungen negativ spürbar werden. Dieses technokratische Modell von staatspolitischer Organisation funktioniert nur, solange es keine größeren wirtschaftlichen Verwerfungen gibt. Mit einer demokratischen Lebensweise freilich hat das rein gar nichts zu tun. Auf der anderen Seite beginnen die Schwierigkeiten demokratischer Teilhabe spätestens dann, wenn die zu lösenden Aufgaben so komplex werden, dass es der Mehrheit der Menschen nicht mehr möglich ist, sich damit zu beschäftigen und

sich entsprechend zu engagieren. Genau dort liegen die existentiellen Wurzeln der Parteien. Sie beziehen Legitimation, Ressourcen und Energie genau aus ihrer Fähigkeit, Einstellungen, Wertvorstellungen, Bedürfnisse, Wünsche und politische Handlungsmöglichkeiten in einer möglichst offenen Art und Weise zu integrieren, in Handlungsmöglichkeiten umzusetzen und diese transparent zu machen. Sobald diese Fähigkeiten zu Gunsten überlagernder Funktionen wie Zwang zur Geschlossenheit nach außen abnehmen, vermindert sich die Grundlage, der Nährboden, der Partei. An dieser Stelle kann man zu der simplen Erkenntnis gelangen, dass Grenzen nach außen auch Grenzen nach innen sind. In diesem Licht ist das Problem der Verluste der Parteien an Stimmen, Akzeptanz, Mitgliedern und damit einhergehend der gefühlte Verlust an Rückhalt des Systems insgesamt kein gesellschaftliches Problem, sondern ein hausgemachtes Problem der Parteien selbst.

- *Parteiprogramme verlieren mit zunehmendem Umfang an Akzeptanz*
- Doch an dieser Stelle, offenbaren sich nicht einfach nur strukturelle und demokratische Defizite, sondern konkrete Handlungsmöglichkeiten und damit Chancen. Hat man erst einmal folgendes verstanden: Dass das Konzept der politischen Partei allein eine Demokratie nicht auf Dauer tragen kann, vor allem dann nicht, wenn dieses Konzept alle Bereiche politischen Handelns durchdringt, von der verfassungsrechtlich gewollten Gewaltenteilung bis hin zu zur Gewaltenkontrolle, ja sogar den Fokus der vierten Gewalt auf sich zieht und so alle Alternativen ausblendet, dann entsteht eine politische Monokultur, die eben die tragenden Prinzipien der Demokratie inhaltlich aushebelt: Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Kontrolle durch Medien. Der Unterschied zu einem System mit einer Einheitspartei und einem diktatorisch agierenden Block bestimmter Personen besteht dann nur noch formal und in seinem äußeren Erscheinungsbild. In seiner Wirkungsweise sind beide Systeme bewusst oder unbewusst, gewollt oder ungewollt, gesteuert oder ungesteuert, identisch. Sicher würde niemand unser politisches System als eine Diktatur bezeichnen oder ernsthaft behaupten, es herrsche Zensur. Dennoch bestehen immer zwei prinzipielle Möglichkeiten ein Feuer zu löschen: Ersticken oder Brennstoff entziehen. Ersticken entspräche in diesem Bild einer amtlichen Zensur, den Brennstoff entziehen entspräche dabei der medialen Realität: Es wird eben mangels Relevanz nichts berichtet. In der praktischen Konsequenz für alle, die auf umfassende aktive Veränderung aus sind, bedeutet das zweierlei:
  1. Jede Veränderung in großem Umfang benötigt in beiden Systemen eine sehr große Masse an Menschen, die dem bestehenden System ihre Mitarbeit verweigern und es dadurch zum Zusammenbruch bringen. Das diktatorische Ein-Parteien-System birgt dabei die Gefahr mit Waffengewalt gegen die Verweigerer vorzugehen, während ein System mit verschiedenen Parteien dadurch seine Legitimität in Frage stellen würde.
  2. Jede gewollte Veränderung kann nur gelingen, wenn sie sich insoweit an der Realität orientiert, als diese sich auf die unmittelbar erlebte Wirklichkeit vieler Menschen bezieht. Das bedeutet, ausschließlich mit konkreten Handlungsaspekten zu operieren und unmittelbar greifbare Ziele zu formulieren. Auf dieser Grundlage wird alles Lamentieren, Beklagen von Zuständen, Formulieren von Beschwerden und Schimpfen zum Bumerang und erfährt keine Reaktion, sofern nicht eine reale, allgemein erfahrbare Wirklichkeit dazu vorhanden ist.

- Hat man das erst einmal verstanden, dann kann nur die logische Entscheidung fallen, jeden Versuch der Veränderung erst einmal auf den Boden des Grundgesetzes und der anderen relevanten Gesetze zu stellen. Die Haltung, alles abschaffen, verwerfen und niederreißen zu wollen, führt irgendwo hin, aber zu keinem konsensfähigen Ergebnis. Es geht nicht darum, Feinde zu identifizieren, sondern, den Schwächen des Systems Hilfen zu geben, diese zu ergänzen und das System selbst zu verbessern. Das Grundgesetz selbst gibt uns in Artikel 21 einen Hinweis: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit...!“ Den Parteien wird dadurch unmissverständlich eine Teilhabe an den relevanten Prozessen garantiert, doch wer noch daran mitwirken soll, wird nicht explizit ausgedrückt. Das mag nun dem Umstand geschuldet sein, dass zur Entstehungszeit des Grundgesetzes noch die Alliierten in Deutschland weitgehende Hoheitsrechte ausgeübt haben und dieser Artikel dementsprechend ein erster Schritt zu Wiedererlangung deutscher Souveränität sein sollte, man darf ja nicht vergessen: Das Grundgesetz wurde als Provisorium bis zur Wiedervereinigung verstanden. Da das Grundgesetz aber für das Volk geschrieben ist, das Volk als Souverän bereits in der Präambel explizit angesprochen wird und die Alliierten nun ihre Kontrollrechte durch bilaterale und multilaterale Verträge ersetzt haben, ist dort eine Lücke entstanden, die bisher nicht gefüllt wurde. Die Parteien haben daher nicht die alleinige Macht an sich gezogen, sondern sie ist ihnen als logische Konsequenz zugefallen, da sie selbst die Parameter bestimmen. Dabei haben die Parteien selbst die Konsequenzen übersehen, die sich zwangsläufig ergeben, wenn in einem ausbalancierten System plötzlich ein gleichwertiger Partner abhanden kommt: Es muss sich zwangsläufig von seinen Trägern entfernen und wird instabil. Die Träger sind nicht ausreichend eingebunden und die Konzentration der Macht auf die Parteien überfordert diese bei der Aufgabe, die Bevölkerung einzubeziehen. Dieses Vakuum kann nur das Volk selbst ausgleichen, es sei denn, die Bevölkerung Deutschlands ruft die Alliierten zurück auf ihre Posten, um die bewährte Balance real geteilter Souveränität wieder herzustellen.
- *Die Parteien sind ungeeignet, eine Demokratie in Alleinzuständigkeit auszugestalten.*
- Zudem empfiehlt es sich bei der Beurteilung der Chancen, die Ressourcen und deren Steuerungsinstrumente zu betrachten. Bei den Ressourcen wird die Sache relativ einfach. Die Chancen können nur durch Menschen ergriffen werden, die ausreichend motiviert sind, auf Veränderungen einzuwirken. Einfach eine Revolution oder einen Umsturz zu erklären und von allen anderen zu erwarten, dass diese dabei einfach mitzumachen haben, wiederholt nur den lebensfremden Ansatz der Parteien in extremerer Form. Daneben bestehen die Ressourcen für Veränderung in finanziellen Mitteln, die allerdings für jeden Menschen an erster Stelle für den Lebensunterhalt und die eigene Absicherung von Bedeutung sind. Für die Chancen bedeutet das unter dem Strich: Große Veränderungen haben keinen Boden und fressen unnötig Energie. Von daher wird der Blick auf die Steuerungsinstrumente bedeutsam. Diese bestehen vor allem in den Wahlen und im Wahlrecht.
- *Die Menschen selbst haben keine Gelegenheit, die Defizite der Parteien wirkungsvoll auszugleichen und die „alliierte“ Lücke im Machtvakuum zu füllen.*
- So wie sich gesellschaftliche Konflikte heute keineswegs an gesellschaftlichen Grundsatzfragen entzünden – die linken Parteien wurden bei dem Versuch, die Wahl zum Klassenkampf zu stilisieren enttäuscht – sondern an einzelnen Themen, so kann die Demokratie auch nicht durch die Infragestellung des Systems als solches

verbessert werden. Wer auch immer nach Umsturz, Revolution und Vernichtung des Systems ruft, blickt an der Realität vorbei. Zwei Drittel der Bevölkerung gehen zur Bundestagswahl, sind also im Großen und Ganzen mit dem System der Bundesrepublik einverstanden. Kritik entzündet sich immer nur punktuell. Fragen des Systems und der ideologischen Zugehörigkeit stehen derzeit im Hintergrund, ja das System ist so gut akzeptiert, dass es den Menschen in der Mehrheit genügt, wenn die Mehrheit der demokratischen Parteien zwar Volksentscheide plakativ in ihrem Programm stehen hat, doch nicht für deren Umsetzung zu sorgen weiß. Umfragen dagegen zeigen, dass bis zu 80 % der Bevölkerung prinzipiell für Volksentscheide sind, also in einzelnen Fällen gern mitgestalten wollen. Einzelne Fälle! Dort liegt auch der Zusammenhang versteckt, der sich zeigt, wenn beinahe alle Parteien Stimmen verloren haben, Parteien mit einem Thema oder einem sehr engen Themenband dagegen Erfolge feiern. Das große, umfassende Parteiprogramm spielt also eine Rolle, die zumindest keine Stimmen einbringt. Ginge es danach, müsste die ÖDP eine der größten Parteien sein, die FDP wäre dagegen nicht wahrnehmbar. Das Interesse der Wähler richtet sich vordergründig auf die allgemeine Werthaltung, die eine Partei verkörpert, und an zweiter Stelle auf einzelne Inhalte. Inhalte jedoch gehen in Parteiprogrammen zwangsläufig unter, weil der Wähler ja keine Auswahl hat. Sich mit dem gesamten Programm zu beschäftigen mutet sich der Normalbürger kaum zu. Eine Auswahl hätte er aber schon gern, sonst wäre er kaum mehrheitlich für die Einführung von Volksentscheiden.

- *Mitwirkung an bestimmten Themen geht vor Parteiprogrammen*
- Das bedeutet in der Konsequenz, je mehr Themen ein zur Wahl stehender Einzelkandidat repräsentiert, desto unschärfer wird sein Profil im Vergleich zu Kandidaten, die für ein Parteiprogramm stehen. Mit jedem zusätzlichen Thema schließen ihn mehr potentielle Wähler als Kandidaten aus. Deshalb kommt ein einzelner, parteiloser Kandidat mit mehreren Themen auch nicht weiter, als ein Kandidat mit einem einzigen Thema. Die Erfolge der Willi Weise Kandidaten mit Ihrem bunten Blumenstrauß an Themen zeigen das. Der Erfolg eines Einzelkandidaten liegt in der Person, der Verankerung im Wahlkreis, der Struktur des Wahlkreises an sich, den finanziellen Möglichkeiten, der Zugehörigkeit zu einer Partei und vielem anderen begründet, jedoch nicht im möglichst breiten Spektrum an Themen. Von daher macht es keinen Sinn, wenn unterschiedliche Initiativen (Volksentscheide, Willi Weise, Grundeinkommen, Mindestlöhne, Austritt aus der EU, Abschaffung der Wehrpflicht, Regionalgeld, Einheitsrente, Ende der Atomenergie, etc.) sich auf einen Kandidaten für ihre unterschiedlichen Themen einigen. Auch dann wird dieser Kandidat einen Wahlkreis nicht gewinnen. Gewählt wird immer nur ein Kandidat einer Partei, denn nur einem solchen traut eine Mehrheit zu, Bedeutung zu erlangen. Im Gegenteil, die Einigung verschiedener Gruppen auf einen einzigen Kandidaten kommt unter schwächenden Kompromissen zu Stande. Das Umfeld eines übergangenen Kandidaten wählt dann bewusst anders, die Verlierer einer solchen „Vorwahl“ unterstützen das Projekt nicht usw. Am Ende wird wieder ein Parteisoldat gewinnen. Daher macht es mehr Sinn, wenn Kandidaten mit verschiedenen Themen gemeinsam antreten, und den Wählern deutlich sagen, dass es nicht wichtig ist, welchen Kandidaten sie mit der Erststimme wählen. Es ist wichtig, dass sie dem Thema ihre Stimme geben, dass ihnen am wichtigsten ist. Womit sich der Versuch als interessant und lohnenswert erweisen dürfte, bei einer Wahl mit möglichst vielen Erststimmen-Kandidaten mit unterschiedlichen Themen in ein und demselben Wahlkreis anzutreten. Der Gedanke: 7, 8, 9 oder auch 55 Kandidaten treten an. Deren Ziel und Angebot: Die Bürger dürfen

Schwerpunkte mit der Erststimme setzen. Das entspricht genau dem geltenden Wahlrecht und ist subversiver Teil einer Strategie, die einen gewissen systemischen Druck auf die Parteien erzeugen wird. Ein einfacher Gedanke. Sich das bestehende Wahlrecht zu Nutze machen.

- *Vielfalt schlägt Monokultur*

Nach langem Abwägen, Drehen und Wenden des Problems, ohne eine Partei an der Seite oder in der Hinterhand reduziert sich jede Aktivität am Ende darauf, dass man für einzelne Themen zwar Werbung machen kann, ein Parlamentssitz aber nicht erreichbar ist. Auch nicht, wenn man es tatsächlich schafft, in jedem Wahlkreis die unterschiedlichsten Interessen auf einen Kandidaten zu konzentrieren. Allein das erscheint unrealistisch. Wenn nur einer unzufrieden ist, wie sollte man ihn daran hindern, trotzdem zu kandidieren? Es ist den verschiedenen Gruppierungen nicht mal gelungen, auch nur eine Partei oder auch die Freien Wähler, die zu einer strategischen Zusammenarbeit aufgefordert wurden, auch nur zu einer Antwort zu bewegen. Vom Verzicht auf einen parteigebundenen Direkt-Kandidaten gar nicht zu reden. Deshalb: Drehen wir das Prinzip um und erheben die Vielfalt der inhaltlichen Schwerpunkte zum Programm für die Erststimmenkandidatur und setzen engagierte und willige Bürger als Zweitstimmenkandidaten in Bewegung.

- *Eine Partei als Werkzeug zur Erhöhung systemischen Drucks*

- Vorrangiges Ziel an Stelle eines Sitzes im Parlament ist die Erzeugung "systemischen Drucks". Das bedeutet, den engagierten Erststimmenkandidaten, die einen differenzierten Wahlkampf mit unterschiedlichen Schwerpunkten führen, steht eine Partei als reines Hilfsmittel, als Werkzeug, zur Seite, die den Wählern ermöglicht auch auf der rechten Seite des Stimmzettels eine zusätzliche Wahl zu haben. Nicht die Partei stellt die Erststimmen-Kandidaten auf, sondern diese sich selbst. Nimmt man zum Beispiel die UNABHÄNGIGEN, so wären dann in einem Wahlkreis beispielsweise neun Kandidaten am Start, die jeweils ein unterschiedliches Kennwort haben: FÜR VOLKSENTSCHEIDE – UNABHÄNGIGE, oder Bedingungsloses Grundeinkommen – UNABHÄNGIGE, Atomkraftwerke Abschalten – UNABHÄNGIGE und Raus aus Afghanistan – UNABHÄNGIGE. Die Zersplitterung der Erststimme auf verschiedenen Themen vermeidet den Verlust der Zweitstimme, die dann für die UNABHÄNGIGEN gegeben werden kann, da höchstwahrscheinlich keiner der Erststimmen-Kandidaten gewinnen wird. Sollte doch einer gewinnen, begrenzt sich der Verlust an Zweitstimmen. Im Ergebnis wird bekannt, wo die Menschen der Schuh am meisten drückt. Die Partei wird genutzt, um die Zweitstimmen nicht verfallen zu lassen und über Listen engagierte, führende Leute in Stellung zu bringen. Die jeweils erfolgreichsten Erststimmenkandidaten erhalten je nach erreichter Stimmenzahl das Recht bei der nächsten Wahl die Reihenfolge der Landesliste anzuführen. Diese Strategie ist insgesamt auch wichtig und sinnvoll, um den Initiativen eine finanzielle Sicherung zu erwirtschaften. Dabei sind die Mitglieder und Kandidaten nicht von der Partei abhängig, die Partei ist also nicht das Dach des Ganzen, sondern die Partei ist der Boden und das Eigentum der Mitglieder. Ein Werkzeug, mehr nicht. Da sie keine eigene programmatischen Forderungen ausarbeitet, sondern sich das Votum der Bürger über die Erststimme, später nach Einführung über Volksentscheide, zum inhaltlichen Programm macht, braucht es keine komplizierten Strukturen, nicht einmal großartige Parteitage und Klausuren, sondern nur eine Sammlung inhaltlicher Kataloge. Inhalte werden ausschließlich durch

kandidaturwillige Bürger generiert. Damit ist sogar sichergestellt, dass Lobbyinteressen an Einfluss verlieren. Wer würde schon den Aufwand treiben, in 299 Wahlkreisen einen Kandidaten für seine besonderen Interessen in Stellung zu bringen, der ohnehin nur singulären Einfluss und kaum Chancen auf den Sieg im Wahlkreis hat? Wichtig ist die Machtverteilung innerhalb der Partei, diese liegt bei den Mitgliedern, so lange die Partei auf Ideologie und Programmatik als essentielle Führungsinstrumente verzichtet. Die Partei an sich darf kaum Befugnisse haben, sonst stellt sich der Effekt ein, den wir bei herkömmlichen Parteien bewundern dürfen: Eliten beherrschen dann die Prozesse und Lobbys bekommen Einfluss. Das bedeutet, die innerparteilichen Mandatsträger haben eine rein dienende und organisatorische Funktion.

- *Vielfalt gegen Zwang zur Einheit*
- In diesem Sinn ist es besser, die Vielfalt zu nutzen und alle Kandidaten unterstützen sich gegenseitig. Man stelle sich vor: Wahlkreis XYZ: 22 Kandidaten, denn die Menschen finden es sicher interessanter, wenn sie sich 22 Kandidaten ansehen können, als wenn da ein Einzelner einen Monolog hält. Die Presse wird natürlich dazu geladen, ob sie dann kommt sei nebensächlich und das dürfen die Presseleute ruhig auch spüren. Jeder Kandidat stellt sich und sein Kennwort kurz in ein paar Sätzen vor, die Bürger können die Kandidaten kennen lernen und dann mit den Kandidaten direkte Gespräche führen. Am Ende gibt jeder Kandidat eine kurze Zusammenfassung seiner Gespräche. Damit ließe sich sicher ein Abend füllen. Dann geben alle 22 die Wahlempfehlung „Zweitstimme für die Unabhängigen“ ab, die sie sich als organisatorisches Werkzeug geschaffen haben. Programm der Partei: Willen der Bürger transportieren, Methode: Erststimme für den Schwerpunkt, Gespräche bei den Vorstellungen der Kandidaten, Bürgerbüros und Volksentscheide.

#### **Bild 4: Partei als Werkzeug – Ein Gegenentwurf zum Konzept „Partei“.**

- *Ausgangsbasis einer unbefriedigenden Bundestagswahl*
- Sicher ist es ein Schock: Einerseits wollten alle diese 167 Kandidaten etwas bewegen, aber um Himmels Willen doch nicht in einer Partei. Und jetzt kommt genau dieser Vorschlag. Was soll das? Die Ergebnisse sind doch ernüchternd: Ohne Partei kommt kaum einer über gut 1.000 Stimmen hinaus. Sieht man sich nun die Ergebnisse „alter Hasen“ wie Konrad Dippel (2 Teilnahmen), Andreas Beier (4 Teilnahmen) und Werner Fischer (3 Teilnahmen) vorurteilsfrei an, ([www.unabhaengige.info](http://www.unabhaengige.info)) dann kann man nur eines konstatieren: Ein Einzelkämpfer hat keine Chance. Weder als Monothematiker mit einem einzigen Inhalt, wie man an FÜR VOLKSENTSCHEIDE und GRUNDEINKOMMEN sieht, noch als Streiter für mehrere Themen, ob in einer Gruppe oder allein. Es spielt kaum eine Rolle. Nicht einmal ein Konrad Dippel mit einer dezidierten inhaltlichen Aussage und einem Budget, dass sogar den Aufwand der meisten Partei-Kandidaten übertrifft, kommt auch nur in die Nähe eines Mandats. Was also tun: Inhalte, Programme und Themen zusammenzuführen führt nur zu einer Initiative, die nach dem gleichen Strickmuster arbeitet wie eine Partei: Einige einigen sich auf gemeinsam zu vertretende Inhalte, einigen passt das nicht, sie treten aus und machen auf eigene Faust weiter, am Ende steht die Gründung der soundsovielten Programmpartei oder der Bewegung geht ganz einfach der Sprit aus. Man muss kein Koch sein, um eine Gaststätte zu führen. Es genügt, als solcher zu arbeiten und gute Arbeit zu leisten. Und man muss die richtige Lage für sein Restaurant haben. Die

richtigen „Lagen“ für politische Dienste sind allerdings weitgehend besetzt. Die Parteien haben sich auf den Eckpunkten einer menschlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Grundhaltung festgesetzt. Ihre Programme weisen weit über die „Werthaltungen „ hinaus, die sie verkörpern. Es geht bei den Fundamenten der Parteien weniger um Programme oder programmatische Inhalte. Es geht um eine Kombination von zwei bis drei politischen Grundwerten, die parteiintern einer gewissen Hierarchie unterworfen sind. Beispiele für Wertpaare in untergeordneter Reihenfolge: CDU – Konservativ – christlich – wirtschaftsliberal; CSU – Konservativ – liberal – christlich; GRÜNE – Ökologisch – Sozial; SPD – staatsautoritär – Sozial – konservativ; LINKE – sozialistisch – staatsautoritär; FDP – Liberal – marktwirtschaftlich; ÖDP – ökologisch – konservativ – staatsautoritär. In Parteien und erst Recht in der Fortsetzung in Koalitionen führt die Integration verschiedener inhaltlicher Ziele auf Basis einer gemeinsamen Wertorientierung immer zu Kompromissen, zu Lähmungen und zu Stillstand. Dennoch zwingt das Fundament eines gemeinsamen Wertekatalogs zu inhaltlicher Disziplin und Geschlossenheit nach außen. Deshalb wird es in Parteien immer schwer sein, gemeinsame Ziele zu formulieren und durchzusetzen. Es sei denn, die Partei wird von Personen dominiert, die über eine klare Machtbasis verfügen und die Kurse zu einem sehr weiten Grad autoritär festlegen. Hinterzimmerpolitik ist unter diesem Blickwinkel nichts anderes als pragmatisch, so antidemokratisch und unmoralisch diese „Mauschelei“ und Kungelei“ auch gesehen werden mag. Deshalb ist sie auch bis zu einem gewissen Grad völlig legitim. Die Grenze liegt in der Toleranzbereitschaft der Bevölkerung verankert.

- *Der Blick von der anderen Seite*
- Auf der anderen Seite wird das Leben einer Partei aber noch von deren Funktionalität bestimmt. Sie ist über ein Sammelbecken für Leute mit gemeinsamer Grundhaltung hinaus auch ein politisches Werkzeug. So wie das Fundament eines gemeinsamen Wertekatalogs entgegen der Demokratie wirkt und zur Gestaltung eines adäquaten Programms zwingt – und der jeweiligen Partei damit auch Handlungsspielräume nimmt -, so steht rein gar nichts dem Gedanken entgegen, eine Partei ohne prägendes Wertfundament zu installieren, die demzufolge auch auf alle Aktivitäten verzichten muss, für die ein gemeinsames Wertefundament unverzichtbar sind: Verzicht auf ein inhaltliches Wahlprogramm, Verzicht auf Koalitionsaussagen, Verzicht auf Standpunktdebatten. Ein reiner Dienstleistungsbetrieb für vollkommen unabhängige Abgeordnete, die auch konträre Positionen vertreten können. Die einzige programmatische Einigkeit kann und muss darin bestehen, dass alle Mitglieder der Partei und die Partei selbst sich stets zu den Werten des Grundgesetzes bekennen und diese als oberste moralische und politische Handlungsmaxime betrachten. Von der anderen Seite betrachtet liefert eine Partei in ihrer Funktion als Werkzeug den Erststimmen-Kandidaten eine wichtige Komponente um überhaupt ernst genommen zu werden: Eine Wahlalternative für die Zweitstimme. Der Verzicht auf diesen Aspekt bedeutet für alle parteilosen Kandidaten mit ihren Bemühungen am Rande der Wahrnehmbarkeit zu verweilen. Selbst ein Konrad Dippel mit rund 14 % der Stimmen – 2005 wie 2009 – wurde gerade mal von der lokalen Presse beachtet. Ein Andreas Beier mit der vierten Teilnahme ebenso. Wer nun ernsthaft glaubt, er könne es beim nächsten Mal weiter bringen, fordert die Wiederholung der gemachten Erfahrungen geradezu heraus.

- *Die Vielheit direkt mit der Erststimme wählbarer Bürger-Kandidaten vereint sich in der Zweitstimme zu einem echten Druckmittel – und generiert finanzielle Entschädigung für die Mühen der Aktiven*
  
- Wie wir alle bei dieser Bundestagswahl an eigenem Leib und eigener Seele erfahren konnten, erfüllen sich mit einer reinen Erststimmen-Kandidatur keine Träume. Ja, es ist nur einem einzigen von uns Bürger-Kandidaten gelungen, überhaupt in den Genuss einer Entschädigung für seinen Aufwand zu kommen. Und die hat er auch angesichts des Aufwands bitter nötig. Der einfachere Weg ist da allemal der über eine Partei. Dort liegen die Hürden zu Parteienfinanzierung niedriger. Deshalb ist es zwar verständlich, wenn den meisten parteilosen Bürger-Kandidaten die Mitgliedschaft in einer Partei nicht zusagt, doch bei genauerem Hinsehen, sind es die inneren Strukturen und Prozesse der Parteien, die uns abschrecken. Die äußere Hülle ist ein Werkzeug, das für den Erfolg politischer Konzepte einen notwendigen Rahmen bietet. Ohne sich des Mittels „Partei“ zu bedienen, wird jede weitere Aktivität zu den gleichen Ergebnissen führen, wie wir sie bei dieser Wahl erneut beobachten konnten. Sicher, der Maßstab kann ausgebaut werden. Es können leicht 3.000 engagierte Wähler als Erststimmen-Kandidaten antreten. Dennoch wird auch dann keiner von ihnen ein Mandat gewinnen, denn die Zweitstimme will der Wähler auch abgeben, die Erststimme aber nicht verschenken. Und diesen Eindruck gewinnt er: Ich wähle einen, der sowieso keine Chance hat. Warum soll ich den wählen? Dann wählt er noch lieber NPD oder ähnlich Schlimmes. Meine Erfahrung in diesem Wahlkampf führt mich zu der These, dass ein Einzel-Kandidat nur mit einem klaren Zweitstimmenangebot punkten kann und der Wähler darin sicher mehr Sinn zu erkennen vermag, als die Erststimme einer guten, aber chancenlosen Idee zu geben. Zudem sind Wahlkampfentschädigungen und Beteiligung an der Parteienfinanzierung zu erzielen, die dann über die Partei den erfolgreichen Kandidaten entsprechend ihrem Erststimmenergebnis zu Gute kommen und bei der Kandidatur helfen können.
  
- *Warum eine Chance entgehen lassen und auf eine Wettbewerbschance verzichten?*
  
- Weil damit den Kandidaten eine Antwort auf die Frage vieler Wähler fehlt, welche Partei man dann wählen soll. An einer Partei kommt der Wähler schon mal wegen des Wahlrechts nicht vorbei. Jeder Bürger-Kandidat, der sich auf den Weg gemacht hat, 200 gültige Unterstützer-Unterschriften zu sammeln und damit seine Kandidatur überhaupt erst möglich zu machen, dürfte erlebt haben, um wie viel leichter sich seine Mitbewerber getan haben, die von einer Partei aufgestellt wurden. Warum sollte auch nur einer der Bürger-Kandidaten auf einen Ausgleich dieses Wettbewerbsvorteils verzichten? Weil man den Parteien keine Konkurrenz machen will und auf Zusammenarbeit aus ist? Welche der kleinen Parteien hat auf eigene, ohnehin chancenlose Erststimmenkandidaten verzichtet, um eine der vielen Initiativen zu unterstützen? Richtig: Keine! Welcher der unzähligen Verbände und Organisationen, die während des Wahlkampfes die Meinung der Partei-Kandidaten zu ihrem jeweiligen Kernthema dargestellt haben, hat es überhaupt verstanden über den Rand des Hauptspeisentellers hinauszublicken? Bund Natur und Umweltschutz Deutschland (BUND), Bund der Steuerzahler (BDST), Mehr Demokratie e. V., Spiegel online, Bild.de, und etliche andere mehr haben gar nicht oder erst nach Intervention über die Alternativen berichtet. Auch im Fernsehen war zwar von den Kandidaten der kleinen Parteien eine Reportage des Bayerischen Rundfunks in der ARD zu sehen – von den parteilosen Bürger-Kandidaten aber rein gar nichts. Und die haben mehr Stimmen geholt, als alle Direkt-Kandidaten der gezeigten Parteien. Also stellt sich die Frage:

Warum auf diese Chance verzichten? Sicher: Keiner der tapferen „Jäger der verlorenen Erststimme!“ will sich dem Mahlwerk einer Partei anvertrauen. Aber warum deshalb auf die Vorteile und Chancen des Konzepts „Partei“ verzichten? Zudem: Das Grundgesetz gesteht den Parteien Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Souveräns ausdrücklich zu. Und Parteien haben auf der Kehrseite aller Auswüchse und Unzulänglichkeiten auch viel Positives geleistet. Rein verfassungsrechtlich sind sie derzeit ebenso unverzichtbar wie realpolitisch vorhanden. Das einfach zu ignorieren hieße ebenso, den Willen der runden 60 % der Wahlberechtigten zu ignorieren, die ihre Stimme Parteien gegeben haben. Für wen aber will ein Kandidat denn kandidieren? Sicher: Zu einem guten Teil kandidiert jeder für sich selbst. Ob ihm seine innersten Bedürfnisse und Motive dabei klar sind, muss er für sich selbst herausfinden. Es sollte keinen einzigen Kandidaten verwundern, wenn er bei einer Auseinandersetzung mit sich selbst herausfindet, dass es auch um die Auseinandersetzung mit ureigenen persönlichen Themen geht, vor allem um Gefühle: Macht, Anerkennung, Ehre, Bewunderung, Zustimmung, Bestätigung - oder dem Gegenteil: Ohnmacht, Verachtung, Geringschätzung, Ablehnung, Entwürdigung, Ausgrenzung. Und alle mit dieser Thematik verbundenen Gefühle sind legitim und man muss sich nicht dafür schämen. Die Betrachtung der eigenen Motive mag nun von Innen oder Außen erfolgen und das Urteil positiv oder negativ aufgenommen werden. Eine altruistische Einschätzung des persönlichen Engagements als selbstlos hat die gleiche Berechtigung wie eine egoistische Einschätzung als selbstgerecht und ichbezogen. Dennoch: Es bleibt immer ein persönliches Engagement. Einen Vorwurf machen wir uns immer nur selbst. Den Sinn einer Kandidatur können wir dieser demzufolge auch nur selbst zuschreiben. An dieser Stelle bleibt nur der Witz vom Cowboy im Western: Der arme Kerl fällt immer an derselben Stelle vom Pferd und landet immer im gleichen Kaktus. Jedes Mal können wir bei diesem Film das gleiche Leiden miterleben. Mit ihm zu fühlen und zu leiden ist unsere Entscheidung. Betrachten wir also für einen Moment unsere Kandidatur als einzelner Bürger und Kandidat ohne Möglichkeit und Inanspruchnahme der Zweitstimme. Dann sehen wir am Beispiel von Konrad Dippel, Andreas Beier und Werner Fischer, da sich deren Ergebnis von mal zu Mal kaum verändert hat. Zwar waren alle drei auch schon mal mit einer Zweitstimmenoption angetreten, doch die Singularität ihrer Kandidaturen als einzeln antretende Kandidaten kommt sich mit einer Kandidatur als wahrnehmbare Einzelkandidaten, die teilweise gleichzeitig als Kandidaten einer kaum wahrnehmbaren Partei UNABHÄNGIGE mit einem knappen Dutzend Kandidaten ebenfalls kaum wahrnehmbar war, keineswegs ins Gehege. Im Gegenteil ist die Tendenz der Verbesserung durch eine Zweitstimmenoption zumindest statistisch erkennbar. 60 Kandidaten sind als Einzelkämpfer angetreten und haben rund 118.000 Stimmen erhalten. Davon waren 9 in der Partei UNABHÄNGIGE mit einem gemeinsamen Parteiprogramm sehr geringen Umfangs organisiert und haben durchschnittlich 1300 Stimmen errungen. Ohne die Lokalmatadoren Martin Hohmann und Konrad Dippel dazuzurechnen. Die Einzelbewerber insgesamt haben im Durchschnitt 1017 Stimmen bekommen, ebenfalls ohne die beiden famosen Lokalmatadore, doch unter Einbeziehung der UNABHÄNGIGEN. Deren Herausrechnung würde den Schnitt drücken. Nun, ein Unterschied von 30 % bei gerade mal 9 Kandidaten - also ohne Bundesweite Präsenz - ist überaus signifikant.

- *Der Blick auf den Erfolg von Einzelkandidaten in kleinen Parteien*
- Kleine Parteien, die Unterstützerunterschriften sammeln mussten haben folgende Erststimmenergebnisse erzielt: REP (30.061 / 15); Familie 17.848 / 8); Tierschutz

(16.887 / 7); PBC ( 12.052 / 9); MLPD (17.512 / 46); BÜSO (34.894 / 15); BP (32.324 / 12); Volksabstimmung (2.550 / 2); Zentrum (369 / 1); ADM (396 / 1); DKP (929 / 2); Die Violetten (5.794 / 7); ÖDP (105.653 / 48); Piraten (46.770 / 14); RRP (37.946 / 25); Freie Union (6.121 / 6). In Klammern die Stimmzahl und die Zahl der Kandidaten. Eine Tendenz lässt sich klar ablesen: Je stärker die Organisation, desto mehr Erststimmen. Die Zweitstimmergebnisse waren insgesamt ebenfalls besser. Eine Ausnahme bilden Extreme Parteien wie die MLPD, die noch dazu in einem Sumpf von Parteien der Extremen Linken steckt und entsprechend Konkurrenz hat. Insgesamt sprechen die Ergebnisse dafür, als unabhängiger Bürger-Kandidat mit einem klaren Zweitstimmenangebot auf Erststimmenjagd zu gehen. Auch wenn der Gedanke einer Außerparteilichen Parlamentarischen Opposition (neue APO) damit absurd wird, setze ich mich dafür, ein 2013 einen Versuch mit den UNABHÄNGIGEN zumachen:

- *Konkreter Aktionsplan: Eine friedliche „Armee ohne Uniform“*
- Strategie zur Bundestagswahl 2013 / Europawahl 2014:
  1. Motivierte, engagierte Bürger treten als Bürger-Kandidaten um die Erststimme an.
  2. Jeder Mitwirkende bildet in seinem Wahlkreis gemeinsam mit anderen Bürgern einen Wahlkreisverband. In jedem Wahlkreisverband wirken alle Bürger mit, die auf dem Fundament der UNABHÄNGIGEN kandidieren wollen und bereit sind, im Wahlkreis ihr wichtigstes Thema für die Erststimme zur Wahl zu stellen.
  3. Jeder Kandidat tritt mit seinem, ihm wichtigsten Thema (Verfassungsreferendum, Volksentscheide, Steuerreform, BGE, Verbot der Gentechnik, Abschaltung der Atomkraftwerke, Abschaffung der Wehrpflicht etc.) an und sammelt 200 UU für sich und gleichzeitig UU für die Zulassung der Landesliste der UNABHÄNGIGEN zur Bundestagswahl (BTW) 2013 und noch UU zur Zulassung der UNABHÄNGIGEN zur Europawahl 2014!
  4. Alle Kandidaten, die mit dem gleichen Kennwort antreten schließen sich organisatorisch zu einer Wählergemeinschaft nach dem Muster von FÜR VOLKSENTSCHEIDE zusammen.
  5. Jeder Erststimmen-Kandidat, der bei der BTW 2009 teilgenommen hat und 200 UU eingereicht hat, hat das Recht auf einen Listenplatz bei den UNABHÄNGIGEN auf der Landesliste seines Heimatlandes bei der BTW 2013. Zur Wahrnehmung dieses Rechts ist eine ordentliche Mitgliedschaft bei den UNABHÄNGIGEN erforderlich. Die Reihenfolge bestimmt das Ergebnis der erreichten Erststimmen bei der BTW 2009. Über die Landeslisten ist dennoch in einer Aufstellungsversammlung abzustimmen.
  6. Jeder an der BTW 2013 teilnehmende und sammelnde Kandidat hat das Recht, auf der Bundesliste der UNABHÄNGIGEN zur Europawahl 2014 anzutreten. Über die Reihenfolge der Liste stimmen die Mitglieder der UNABHÄNGIGEN auf einer Aufstellungsversammlung ab.
  7. Vergütungen aus der Parteienfinanzierung für errungene Zweitstimmen bei der BTW 2013 und evtl. folgenden werden zwischen dem Bundesverband der UNABHÄNGIGEN und den Kandidaten im Verhältnis 1:3 aufgeteilt. Vergütungen aus der Parteienfinanzierung für errungen Stimmen bei der Europawahl werden zwischen dem Bundesverband der UNABHÄNGIGEN und den Wählergemeinschaften zu gleichen Teilen aufgeteilt. Vergütungen aus der Bezuschussung von Erststimmenkandidaturen für Stimmen über 10 % erhalten die Kandidaten direkt.

8. Jeder Kandidat kann Spenden für seine Kandidatur sammeln und diese entweder bei seiner Wählergemeinschaft auf seinem Kandidatenbudget einreichen und von dort seine Wahlkampfkosten bestreiten oder weitere Spenden zu Gunsten seines Wahlkampfkostenbudgets über die UNABHÄNGIGEN sammeln und sein Wahlkampfkostenbudget daraus bezuschussen lassen. Den Anteil, den die jeweilige Wählergemeinschaft bzw. die UNABHÄNGIGEN dabei für ihren Geschäftsbetrieb einbehalten, bestimmt die jeweilige Organisation selbst. Die Wählergruppe FÜR VOLKSENTSCHEIDE erhält beispielsweise 10 %.
9. Die Mitwirkung in den Wählergemeinschaften bzw. der Partei UNABHÄNGIGE ist freiwillig. Eine gewünschte Mitgliedschaft bei dem einem Typ von Organisation setzt eine Mitgliedschaft bei dem anderen Typ nicht voraus, ist jedoch gewünscht.

- *Nachträgliche finanzielle Unterstützung der BTW 2009-11-04*

- Grundsätzlich gibt es die Möglichkeit als Privatperson die Aktivität politischer Gruppierungen zu unterstützen. Eine Partei kann mit privaten Spenden von jedem Bürger ebenso unterstützt werden, wie mit institutionellen Spenden von Unternehmen und Verbänden. Dabei ist zu beachten, dass pro Jahr lediglich 1.650,00 € an Spenden ausschließlich von Privatpersonen steuerlich förderfähig sind. Für eine Wählergruppe mit entsprechenden Statuten gilt dies ebenso. In diesem Sinne ist es jedem Kandidaten und Mitglied der Wählergemeinschaft FÜR VOLKSENTSCHEIDE möglich, für das Jahr 2009 Zuwendungen in Höhe von 1.650,00 € von beliebig vielen Bürgern zweckgebunden für das gewünschte Kandidatenbudget spenden zu lassen. Sinnvollerweise sollte der Spender einerseits Steuern in der BRD bezahlen, andererseits nicht mehr als diesen Betrag spenden, denn mehr ist nicht förderfähig. Der Spender erhält vom Staat eine Steuergutschrift in Höhe von 50 % der Spenden, die über den Nachweis einer Spendenbescheinigung erteilt wird. Diese Bescheinigung stellt die Wählergemeinschaft FÜR VOLKSENTSCHEIDE aus.
- Die nahezu gleiche Möglichkeit haben Kandidaten, die Mitglied der UNABHÄNGIGEN sind. Es besteht damit die Möglichkeit, als Steuern bezahlender Kandidat zwei Mal für sich selbst zu spenden und so einen Steuerzuschuss zum eigenen Wahlkampf zu erhalten.
- Für parteilose Kandidaten eröffnen sich damit mehrere Wege. Einerseits können sich diese zusammensetzen und eine Wählergemeinschaft mit entsprechenden Statuten gründen, was angesichts des fortgeschrittenen Jahres nicht mehr möglich erscheint. Andererseits können die Kandidaten Mitglied der Wählergemeinschaft FÜR VOLKSENTSCHEIDE werden und die gegebene Möglichkeit für 2009 noch ausnützen. Alle gemeinsam können zusätzlich Mitglieder der Parteien UNABHÄNGIGE werden und die gegebene steuerliche Gestaltungsmöglichkeit auf der Parteebene noch nutzen.
- Zudem bietet es sich dann an, entstandene Kosten rechnerisch auf die nächsten Jahre zu verlagern, bzw., wesentlich interessanter, Kandidatenbudgets für 2013 anzusparen.
- Damit komme ich auf das Bild des Cowboys zurück und stelle die Frage: Wer will sich wirklich den Film noch mal ansehen, in dem derselbe Cowboy an der selben Stelle in den selben Kaktus stürzt?
- *Eine Frage bleibt noch: Kannibalisierung*

- Bleibt noch ein Missverständnis aufzuklären: Gleichzeitig mit anderen in ein und demselben Wahlkreis um die Erststimme anzutreten, wird möglicherweise von vielen als ein Gegeneinander antreten gesehen. So wie die gesetzten Partei-Soldaten als Erststimmenkandidaten gegeneinander antreten und es noch nie ein paar kleinere Parteien geschafft haben, gemeinsame Kandidaten zu nominieren, sondern lieber gegeneinander anzutreten, so erscheint das auf der einen Seite als ein konkurrierendes Konzept. Doch mein Vorschlag geht dahin, es als eine gemeinsame Kandidatur für die persönlich wichtigsten Themen zu betrachten. Es funktioniert im Sinne einer Arbeitsteilung: Jeder kümmert sich um seine Herzensangelegenheit, vermarktet wird gemeinsam. Da wir ohnehin gesehen haben, dass ein einzelner Kandidat keine Chance hat, seinen Wahlkreis zu gewinnen, ist es völlig egal, ob wir uns auf je einen gemeinsamen Kandidaten einigen und diesen mit Dutzenden Theken überfordern, oder ob wir eine Gruppe vorstellen, die verschiedene Themen und Persönlichkeiten zu Wahl stellt. Deshalb bin ich überzeugt: Diese Weiterentwicklung der Idee der Erststimmenkandidatur wird zu keiner Kannibalisierung führen. Im Gegenteil: Dem Bürger eröffnet sich ein Blickwinkel auf Kandidaten, die nicht wegen des Parlamentssitzes antreten, sondern wegen der Bürgerbeteiligung. Den Parlamentssitz kann jeder über die Liste anstreben, sofern er dafür etwas bei der Erststimme leistet.

*Buchloe im Oktober und November 2009-11-04 ©*

*Auf Fragen und Kritik freut sich*

*Thomas Blechschmidt*

